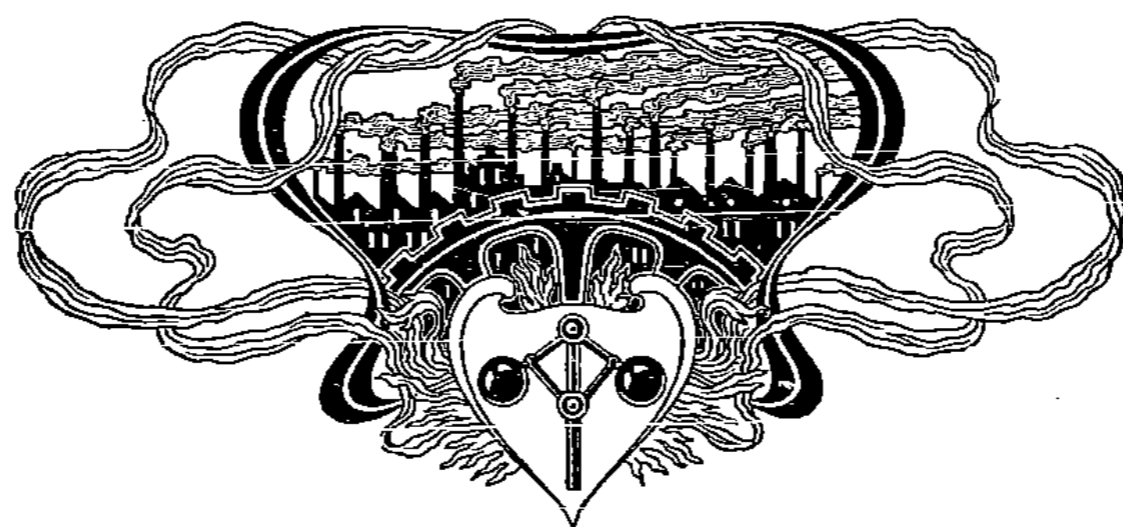


Dreiunddreißigster Jahrgang

der

Metallarbeiter-Zeitung

1915

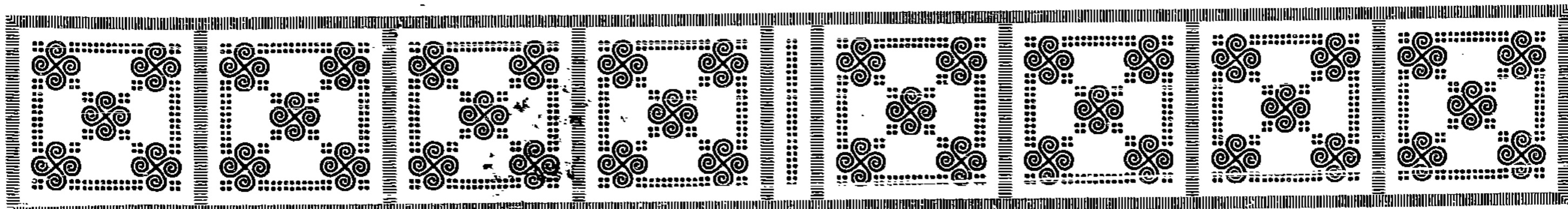


Vereinnahme GFL 501
Bücherverzeichnis Nr. 4356/1163
am: 11. U. APR. 1958

Stuttgart

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co.

1915

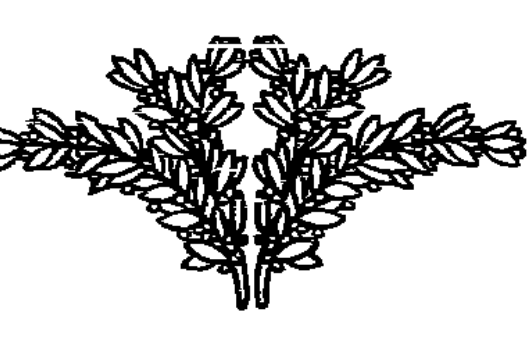


IV
Kriegsinvaliden, Die Entlohnung von ...
Kriegsmunition, Die Gewerkschaften nach ...
Kriegsrente, Lohnhöhe und ...
Kriegsspende, Deutscher Frauendank 1915 ...
Kriegsstagung, Selbe ...
Kriegsteilnehmer, Wädel- und Anstaltsfürsorge für ...
Kriegsversicherung der Volksfürsorge 32, 79, 184 ...
Kriegsversicherungskasse, Bei der ...
Kriegsversicherungskasse, Unsere ...
Kriegsweifen, Pflugschaffsgelder für ...
Kriegsweifenhilfe, Noch einmal die ...
Krupp, Besondere Vergütungen bei ...
Krupp, Kriegsabschlüsse (siehe auch unter „Abhandlungen“)

Mittelstandskretterei, Nachtbäckerverbot und ...
Münchgefängnis, Dr., gestorben ...
Nachtbäckerverbot, in Paris ...
Nachtarbeit, Was die Deutsche Bäcker- und Konditorenzzeitung für keine ...
Nachtbäckerverbot und Mittelstandskretterei ...
Ortsklassen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für 1914 ...
Paris, Nachtbäckerverbot in ...
Partei und Gewerkschaften in Stuttgart ...
Pensionskasse, Beiträge zur ...
Pfandscheinen, Vorsicht beim Ankauf von ...
Pflugschaffsgelder für Kriegsweifen ...
Preistreiberei in der Zementindustrie ...
Preistreiberei und kein Ende! ...
Preußisch-Sessische Eisenbahnwerkstätten, Vereinigungsfreiheit für die Arbeiter und Handwerker der ...
Rachetat gegen einen Verbandsangestellten ...
Rathenau, Emil - gestorben ...
Reichstag (siehe auch: „Volke, Dem deutschen“ und: „Frieden, für den“ unter „Abhandlungen“) ...
Reichstagsfraktion, Die sozialdemokratische ...
Reichstagspräsident, Um des ...
Reichstagspräsident, Um des ...
Reichstagspräsident, Um des ...
Reichstagspräsident, Um des ...
Reichstagspräsident, Um des ...
Reichstagspräsident, Um des ...
Reichstagspräsident, Um des ...
Reichstagspräsident, Um des ...
Reichstagspräsident, Um des ...
Reichstagspräsident, Um des ...

Unternehmerblatt, Ein - für Lohnhöhrungen ...
Unternehmerverband, Ein - empfiehlt Lohnzulagen ...
Unternehmerverbände, Aus den ...
Zentralverein der Arbeiter für die Arbeiter u. Handwerker der Preussisch-Sessischen Eisenbahnwerkstätten ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...
Verbandsangestellten, Rachetat gegen einen ...

Vom Ausland.
Argentinien 200, Belgien 168, 171, Dänemark 84, 164, 212, 216, Frankreich 24, 35, 44, 52, 66, 76, 84, 112, 128, 132, 136, 140, 148, 152, 160, 164, 175, 200, 204, 220, Großbritannien 15, 28, 48, 60, 64, 68, 88, 91, 104, 128, 152, 155, 164, 168, 171, 176, 188, 192, 200, 208, Japan 200, Italien 7, 155, 168, Niederlande 87, 128, 152, 164, 200, 216, Norwegen 20, 36, 59, 104, 128, 192, 218, Österreich 7, 66, 144, 180, Polen 164, Russland 84, Schweden 12, 28, 216, Schweiz 8, 12, 24, 35, 39, 64, 66, 88, 87, 128, 136, 148, 155, 160, 167, 180, 191, 196, 200, 208, 216, Ungarn 20, 67, 100, 164, 220, Vereinigte Staaten von Nordamerika 12, 24, 36, 39, 48, 68, 91, 96, 108, 132, 155, 176, 192, 196, 204.
Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.
Abrechnung der Hauptkasse für Dezember 1914: 16; 1915: Januar 39, Februar 52, März 80, April 92, Mai 108, Juni 136, Juli 156, August 168, September 184, Oktober 208, November 220.
Abrechnung über den Unterstützung- und Agitationsfonds 20, 68, 88, 140, 172, 212
Angestellte, Verstorbene - des Hauptbüreaus (Märter und Mielenz) ...
Ausgeschlossen Mitglieder ...
Einnahmen und Ausgaben der Sterbekasse für Mitglieder der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und deren Frauen: 4. Quartal 1914: 16; 1915: 1. Quartal 80, 2. Quartal 136, 3. Quartal 184, 4. Quartal ...
Erlös, Der - aus den Zehnpennig-Marken ist nur an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu senden ...
Ersatzbücher werden für nach § 17 Abs. 1 ausgegeben. Frühere Mitglieder nicht ausgestellt. Ersatzbücher, Bestellungen sind schleunigst einzufenden ...
Fahrenwald, der zweite Vorsitzende der Kasse, gestorben ...
Generalversammlung, Die nächste nach dem Statut fällige - wird vorläufig nicht einberufen ...
Goldmünzen, Etwa noch im Kassenbestand vorhandene - sind bei der Reichsbank oder Post umzuwechseln ...
Jahresabrechnung, Di. - wird nur gegen 5 abgegeben ...
Jahresabrechnungen für 1914, Ersuchen um Bestellungen darauf ...
Mitglieder, Alle bis 31. Dezbr. abgegangenen - sind auf der Abrechnung für das 4. Quartal 1914 abzurechnen ...
Ortsbeamtenwahl (Belanntmachung des Vorstandes darüber) ...
Berichtigungen.
No. 20, Seite 84, 1. Spalte, Zeile 62 von unten. Statt Basel lies Biel.
No. 50, Seite 211, 2. Spalte, Zeile 1 von unten. Siehe Berichtigung in No. 52, Seite 219.





Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüdstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechszehnpaltige Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

An der Jahreswende.

Die Glocken, die das neue Jahr begrüßen, läuten auch den sechsten Monat des ungeheuren Kriegs ein, in dem Deutschland gegen eine Welt von Feinden um sein Daseinsrecht ringt. Mit schweren Opfern, mit Strömen von Blut haben unsere tapferen Brüder im Felde bewirkt, daß sich die grausamen Schreden dieses Ereignisses jenseits unserer Grenzen abspielen, daß unser Volk beinahe ganz von verheerenden Einbrüchen der Feinde verschont geblieben, das fürchterliche nur aus der Ferne mit blutendem Herzen begleitete. Gemessen an dem Heldebentum der Aufopferung, das solches erreichte, sind alle unsere Leiden und Plagen im Innern des Reichs, so hart sie auch den Einzelnen und ganze Schichten unserer Bevölkerung anpacken mögen, verschwindend klein. Noch sind die Feinde nicht entscheidend geschlagen, noch wirklich kein Friede, der die Möglichkeit einer Entfaltung unserer Volkskräfte in ruhiger und ungebrochener Entwicklung gewährleistet; noch schmeigen unsere Gegner in der beängstigenden Phrasenhaftigkeit, mit der sie von Anfang an den Überfall auf uns begleitet haben. Sie wollen bekanntlich „die Demokratie“ vor dem „Militarismus“ erretten, dann aber auch Deutschland politisch zerstückeln und wirtschaftlich zugrunde richten, auf daß „jedermann in England um so viel reicher werde“: aber wir dürfen doch bei nüchternster Abschätzung der Kräfte und Hilfsmittel der Überzeugung sein, daß solchem Versteckspiel durch den Sieg der deutschen Waffen ein bitteres Ende bereitet werde. Damit ist dann zugleich auch die notwendige Sicherung unseres Daseins gegen den gefährlichen Ausdehnungsdrang der zaristischen Militärmacht gegeben.

Wie sich im einzelnen die Bedingungen eines solchen Abschlusses gestalten werden, kann zurzeit wirklich noch niemand übersehen; weder werden sich aber die phantastischen Pläne rasender Allweltspolitik, zu greifbaren Paragraphen in den Friedensverträgen formen, noch werden wir wohl leider auf sehr starke Kapitalzufuhr aus besiegten Ländern rechnen können. Das bedeutet mit anderen Worten, daß Deutschland aller Voraussicht nach für den Wiederaufbau des zerstörten und für die Weiterentwicklung seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen in der Zukunft mehr noch als bisher auf sich selbst gestellt sein wird. Gewiß werden alte internationale Beziehungen nach einiger Zeit wieder aufleben, das Gefüge der Weltwirtschaft wird sich wieder schließen, weil wir ohne die anderen Völker und die ohne uns — trotz allem Brautengedrech der „Kulturträger“ gegen die teutonischen „Barbaren“ — einfach nicht auskommen können. Aber der Schwerpunkt künftigen Geschehens liegt für Jahre hinaus sicherlich in der inneren Wirtschaft und in der Gestaltung der inneren politischen Verhältnisse. Deutschlands geographische Lage zwingt ihm mit der dauernden Gefährdung durch andere Mächte auch die Verpflichtung auf, solcher Gefährdung nach Möglichkeit aus eigenen Kräften Herr zu werden. Kein Großstaat der Welt hat, wie Deutschland mit Österreich-Ungarn, den furchtbaren Druck gegensätzlicher Mächte von zwei oder gar drei Seiten dauernd auszuhalten; keine ist daher auch so sehr auf dauernde Anspannung der eigenen Kräfte angewiesen.

Solche Selbstsicherung kann reichlich nur auf politisch-militärischem Gebiete mit Erfolg versucht werden. Wirtschaftlich sind und bleiben wir in der Rohstoffversorgung und in dem Warenabsatz in hohem Maße von anderen Gegenden unseres Erdballs abhängig. Gerade in diesem Kriege zeigt sich das auf das deutlichste. Militärisch ist er vielleicht schon gewonnen, bietet jedenfalls gute Aussichten; von der wirtschaftlichen Seite angesehen, bietet sich unseren Augen ein viel ernsteres Bild. Gewiß ist wahr, daß die Zahlen der Arbeitslosigkeit seit einiger Zeit in den meisten Gewerben einen Rückgang zeigen; gewiß ist auch manches zur Versorgung der Familien von Kriegsteilnehmern und der Erwerbslosen aller Art geschehen; aber es besteht doch, gerade bei den besten Sachkundigen, berechtigte Zweifel daran, ob die wirtschaftspolitischen Maßnahmen rechtzeitig getroffen wurden, ob sie das Richtige mit den richtigen Mitteln zu treffen suchten, und ob ihre Wirkung den Mindestanforderungen entspricht, die man im Interesse des Volksganzen und seiner minderbemittelten, deshalb schwerleidenden Teile zu stellen berechtigt ist. Auch auf diesem Felde haben mangelnde Entschlußfähigkeit, Mühseligkeit auf hergekommenen begünstigte Sonderansprüche, Abweilungsstreitigkeiten, Mangel an gestaltender Phantasie und die lähmende Unvertraulichkeit vieler Regierenden mit den Bedürfnissen, wie den verständlichen Forderungen der breiten Massen manche schwere Fehler verursacht. Uble Erscheinungen, wie die raffigiertere Bereicherung gewisser Armeeleiteranten, oder wie die mangelnde Befähigung vieler sozial besonders hochstehender Kreise, haben auch nicht dazu beigetragen, die Stimmung im Volke zu verbessern.

Wenn man indessen so mit offener und der rechten Sorge ums Gemeinwohl entprossener Kritik hervortritt, der auch wir hier Ausdruck verleihen mußten, so soll man nicht übersehen, daß zur Kritik auch der Entschluß und die Fähigkeit tatkräftiger Mithilfe hinzukommen muß. Was nützt es — um ein Beispiel zu brauchen — die „sofortige Beschlagnahme alles Brotgetreides“ zu fordern, wenn man nicht anzugeben imstande ist, wie das eigentlich gemacht werden soll, woher die Organe genommen werden sollen, eine gewaltig umfangreiche Seite unseres ganzen Wirtschaftslebens in kürzester Frist von Grund aus umzugestalten? Eines hängt in unserm wirtschaftlichen Dasein am allermeisten; mit tausend Fesseln ist alles miteinander verwoben. Darum hat auch eine durchgreifende Änderung an einer Stelle sofort über das Ganze hin fühlbare Folgen. Damit ist natürlich nichts gegen die Wünschbarkeit, Durchführbarkeit, ja Notwendigkeit radikaler staatssozialistischer Maßnahmen gesagt, sondern

nur ein Warnungssignal für vorlaute Minder errichtet. Unsere verantwortlichen Gewerkschaftsleiter haben seit Monaten in angestrengter Arbeit die wirtschaftlichen Fragen des Kriegszustandes und unserer nächsten Zukunft teils selbständig, teils mit den Vertretern der Regierungen bearbeitet, vieles schon erreicht und jedenfalls den Beweis geliefert, daß sie sich ihrer Verantwortung im vollsten Maße bewußt sind.

Ludwig Frank, der prachtvollste Vorkämpfer der deutschen Arbeiter, hat gleichsam noch aus seinem frühen Grab heraus uns zugerufen, er sei überzeugt, daß bei uns nach dem Kriege vieles ganz anders und besser werde. Diese Überzeugung teilen wir. Nicht daß wir von der Gutmütigkeit unserer politisch und wirtschaftlich anders gerichteten Klassen ein besonderes Entgegenkommen erwarteten, sondern weil dank der klugen Haltung der politischen und gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiter, dank der unvergleichlichen Hingabe der Arbeiter selbst an eine weltwirtschaftliche Aufgabe, die machtvollen Organisationen ungegheuer die schwere Prüfung überstehen werden und weil die Notwendigkeit des nationalen Wiederaufbaues zur Ruhbarmachung der kostbaren Organisationskräfte zwingt, die in der Arbeiterschaft ruhen.

Darum halten wir im Kampfe nach außen durch. Darum sehn wir den Augenblick herbei, wo wir im gesicherten Frieden die reisenden Früchte blutiger Saat ernten können, in treuem Gedenken an die, die der Sache zum Opfer fielen, in verantwortungsvoller Sorge für die, die nach uns kommen werden.

Volkswirtschaft und Krieg.

Als die Gefahr des Weltkrieges drohte, brachen die Börsemärkte der ganzen Welt, also auch der Länder, deren Kriegsbeteiligung nicht in Frage kam, zusammen, die tausendfachen internationalen Wirtschaftsbeziehungen waren gelöst. Diese Zustände eröffneten schlimme Aussichten. Doch es ist vieles nach dem Ausbruch des Krieges anders gekommen. Zuerst schien Zerstörung, Sanktion und Verleer von einer Nahrung besessen zu sein, aber in wenigen Tagen war die Bestimmung wiedergelehrt, statt der bestürzten Störung und Auflösung konnte man Sammlung und Reorganisation erkennen. Wie kam das? Das Vertrauen zu der militärischen Kraft Deutschlands bel, indessen wuchs von Tag zu Tag die Zubericht aus durch die Erkenntnis der Solidarität und Anpassungsfähigkeit unseres Wirtschaftslebens. Nach Beginn einer Umorganisationszählreicher Betriebe und ganzer Wirtschaftszweige, ein paar Fabriken, die bisher nie Kriegsmaterialien hergestellt hatten, richteten ihre Anlagen zur Produktion von Mitteln für den Heeresbedarf ein, zahlreiche Unternehmungen aller Art folgten diesem Beispiel mit überraschender Schnelligkeit. So wurden Betriebe in Tätigkeit gehalten, mit deren Stilllegung für den Fall eines Krieges die beteiligten Unternehmer, Angestellte und Arbeiter schon als unermesslich gerechnet hatten. Bestäubelt hier wurde diese Umschaltung der alten Industrieeinrichtung durch die Erfolge unserer Truppen, indessen war eine Voraussetzung für die lebhaft und weiter wachsende Unternehmungslust die unerschütterte Grundlage unserer Kreditorganisation.

Durch die weltanschaulende Politik, die die Reichsbank unter der Führung ihres hochberenteten Präsidenten Hogenstein in den letzten Jahren getrieben hat, wurden dem Wirtschaftslieben Deutschlands zu Beginn des Krieges Erschütterungen erspart, die in anderen Ländern mit Schärfe hervorgerufen sind. Ueberaus sicher wurden sofort die verschiedensten Maßnahmen zum Schutz der Kreditwirtschaft getroffen, alle diese Einrichtungen und Bestimmungen haben sich bis heute trefflich bewährt. Ohne Schwächung des Geldmarktes und des übrigen Wirtschaftslebens konnten fast nebenbei in wenigen Tagen 4 1/2 Milliarden Mark für die deutsche Kriegsanleihe aufgebracht werden, zugleich gelang es, den Goldbestand der Reichsbank auf über 2 Milliarden Mark zu erhöhen, nachdem erst im Frühjahr 1913 der Goldbestand der Bank zum ersten Male eine Milliarde überschritten hatte. Aus einer herartigen Entwicklung der Reichsbank floß ein Strom von Zuversicht. Auch die großkapitalistischen Kreise, die in Friedenszeiten die Politik des Reichsbankpräsidenten oft heftig bekämpft hatten, dürften eingesehen haben, welche bedenklichen Folgen eine ungezügelter Bankenspekulation, besonders wenn ein paar Großbanken über Milliarden fremder Gelder verfügen, in Kriegzeiten nach sich ziehen müßte. Wesentlich erleichtert wurde die finanzielle Mobilmachung durch die Wirtschaftskrise, in der wir uns bei Kriegsausbruch noch befanden. Die große Industrie war durch den schmerzlichen Geschäftsgang zu Einschränkungen gezwungen worden, die Spekulation lag darnieder, die Banken hatten große Kredite zurückgezogen und verfügten über bedeutende Barvorräte. So erwies sich die Wirtschaftskrise unter den gegebenen Verhältnissen als ein beträchtlicher politischer und finanzieller Vorteil für das Reich. Je fester unsere Kreditorganisationen standen, um so mehr war die Möglichkeit gegeben, Unternehmungen zu tätigen, die bei der ersten Verschlingung sich sonst nur schwer zu halten vermocht hätten. Dadurch wurden nicht nur Verluste einzelner Kapitalisten verhindert, sondern vielfach auch die Fortführung von Betrieben gewährleistet, von deren Bestehen oder Nichtbestehen gerade in ansehnlicher Zeit das Wohl und Wehe großer Bevölkerungskreise abhing.

In dem Augenblick, in dem das Land in Gefahr geriet, drängte sich mit der Ursprünglichkeit des Naturgesetzes die Auffassung Bahn, daß die Warenerzeugung den Bedürfnissen der Gesellschaft angepaßt werden müsse und daß alles, was diesen Ansprüchen nicht entspricht, als Gemeingefahr zu betrachten sei. Ergebnisse dieser Einsicht waren Gesetze und Verordnungen über die Regelung der Erzeugung auf verschiedenen Gebieten, Beschlagnahme von Rohmaterialien und Fertigwaren, Festsetzung von Höchstpreisen für die wichtigsten Rohstoffe, Mittel und Erzeugnisse zur Versorgung des Armeedepots. Was hier geschaffen wurde, ist in den Einzelheiten und besonders in der Ausführung vielfach noch unzulänglich und auch falsch gewesen, aber die

Grundsätze, die tatsächlich zur Anerkennung gelangten, stellen einen reichen Gewinn nicht nur für die Zeit des Krieges dar. Die Annäherung an die sozialistische Ordnung, über die gar viele zu anderen Zeiten sich die Haare ausgerauft hätten, feierte Triumphe in dem Umbau der Wirtschaft, den der Krieg erforderte, alle Verwaltungen, Parlamente und Organisationen erinnerten sich im Augenblick der Gefahr der sozialistischen Wirtschaftsgrundsätze und schritten zu ihrer Annäherung. An vielen Stellen wurde ferner sozialpolitische Einsicht durch die Folgen des Krieges hervorgerufen, wo man sie früher vergeblich gesucht hat. Dieses Verständnis dort, wo es noch jung ist, wachzuhalten, ist sicher nicht nur vorteilhaft für die Arbeiterschaft, sondern der ganzen Nation. Neben dem Opfermut des Volkes gab und gibt es Leute, die die Gelegenheit wucherischer Bereicherung auf Kosten des Staates während des Krieges ausnützen, wie die Geschichte der Kriegslieferungen leider immer wieder erkennen läßt. Auch diese Kriegslehren dürfen nicht ungenutzt vorübergehen, sie werden hoffentlich in der künftigen Gesetzgebung einen fruchtbaren Niederschlag finden.

So maßlose Gewinne aus Kriegslieferungen in vielen Fällen auch erigelt wurden, die Beschäftigung für den Kriegsbedarf darf danach aber nicht allgemein bewertet werden. Abgesehen von besonderen Industrien, die auf Kriegsbedarf eingerichtet sind oder ihre Tätigkeit für Kriegslieferungen ohne Veränderung ihrer Betriebsbedingungen aufzunehmen in der Lage sind, müssen zahlreiche Unternehmungen, um Kriegsarbeiten ausführen zu können, ihre Anlagen ändern, wodurch zum Teil große Kosten entstehen, die die Ergiebigkeit natürlich beeinträchtigen, schon weil bei einer stillen regelmäßiger Verhältnisse die alten Anlagen wieder hergestellt werden müssen. Dazu kommt, daß nicht wenige Unternehmungen infolge des Krieges schwere Ausfälle erleiden, in erster Reihe werden von großen Verlusten die Firmen getroffen, deren Lage zu einem großen Teil von den Geschäften mit dem Ausland abhängig ist. Sind mit dem neutralen Ausland auch nach der ersten Unterbindung des Verkehrs ziemlich bald wieder Beziehungen hergestellt worden, deren Umfang von Monat zu Monat erfreulich gewachsen ist, so macht sich der Wegfall der übrigen Ausfuhr bei der bedeutenden Ausfuhrfähigkeit Deutschlands selbstverständlich nachhaltig bemerkbar, aber doch in einem weit geringeren Grade, als man in England und Frankreich erwartet hatte. Das erklärt sich vor allem aus der unübertrefflichen Fertigkeit des heimischen Marktes, abgesehen davon, daß große Kreise der früher an der Ausfuhr beteiligten Industrie jetzt für den Heeresbedarf arbeiten. Durch die ruhige Fortführung unseres Wirtschaftslebens behauptete sich die Kaufkraft der Bevölkerung, auch die Kriegsfürsorge für die Angehörigen unserer Soldaten trug dazu bei. Man darf sagen, wenn man die Entwicklung der jetzt hinter uns liegenden fünf Kriegsmomente überblickt, daß unser wirtschaftliches Leben sich in einer Weise aufrechterhalten hat, wie es niemand vor Kriegsbeginn anzunehmen gewagt hätte. Nicht nur das Kriegsgeschäft blüht, auch die Wirtschaftskreisläufe, die für den Friedensbedarf arbeiten, sind vielfach gut beschäftigt, allerdings nicht mit Luxuswaren, sondern mit Verbrauchsartikeln. Eine nicht geringe Anregung gibt ferner die Sorge der Angehörigen von Kriegsteilnehmern um ihre Lieben im Felde, die sich in Gestalt der Liebesgabenleistungen bekäuft.

Eine derartige Widerstandskraft unseres industriellen Lebens unter dem Druck der Verheerungen des Weltkrieges ist aber nur dadurch möglich gewesen, daß Deutschland auch die Sicherheit hat, seine Bevölkerung bei sparsamer und vorzüglicher Wirtschaft aus eigener Kraft zu ernähren. Aus dieser Entfaltung so ungeheurer Kräfte erwächst das sichere Bewußtsein der Unbesiegbareit Deutschlands und die Hoffnung auf eine reiche Entwicklung unseres Volks- und Wirtschaftslebens nach einem siegreichen Kriege.

Der Krieg, die Internationale und wir.

I. Kriegsurachen.

Als vor sieben Monaten in diesen Spalten (siehe in den Anz. 16, 17, 18, 19, Jahrgang 1914, der Metallarbeiter-Zeitung: Die Aussichten der Eisenindustrie und der Metallarbeiterorganisation) auf die drohende Möglichkeit des Weltkrieges hingewiesen wurde, konnte man noch nicht annehmen, daß sie dermaßen schnell traurige Wirklichkeit werden würde. Die Frage, wer angefangen hat, wer den Krieg militärisch begonnen hat, haben wir hier nicht zu untersuchen; auch soll uns dünken, daß, wie hoch man auch ihre Bedeutung bewerten mag, sie klein ist neben der ebenen Tatsache, daß die Grundursache des Weltbrandes die wirtschaftlichen Gegensätze der kapitalistischen Staaten sind. Solange der Urquell dieser Gegensätze, der Kapitalismus, nicht beseitigt ist, solange muß man auch ihrer Folgen, Krisen, Krieg u. gewärtig sein.

Dieser Krieg wurde, streng genommen, schon im Juni 1908 eingeleitet. Unnötig zu betonen, daß der Sarajewer Mord als Kriegsurache nur eine mehr zufällige Bedeutung beizumessen ist. Der Krieg wäre unseres Erachtens auch ohne jene Missetat, viellecht nur ein paar Jahre später, gekommen, denn tausendbeinigen Zeichen deuteten sein Nahen an.

Darum konnten natürlich die in den letzten Jahren entstandenen Friedensbestrebungen nichts ändern. Zumeist wurden sie ja erst von dem Gefühl vor der nahenden Gefahr geboren. Zum Austausch friedlicher Absichten und Schließung von Einzelverbindungen sind ihre Zusammenkünfte ganz nützlich gewesen, aber einen wirksamen Einfluß auf die zum Kriege treibenden Kräfte haben sie leider nirgends ausüben können. Die Kapitalisten im imperialistischen Gegensatz spitzten sich immer enger zu; die nationalistische Strömung, insonderheit in Frankreich und Rußland, schlug immer höhere Wellen; Zahl und Größe der Rüstungsborlagen wurden immer aufrechter. In dem steigenden Wirrwarr von wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Gegenätzen glaubten

die Regierungen schließlich keinen besseren Ausweg mehr zu haben, als seine Lösung mit dem Schwerte zu versuchen.

Die Entschlossenheit zum Kriege war sicherlich beim Dreiverband wie bei den zwei stärksten Mitgliedern des Dreiverbundes gleich stark, als ebenso gewiß ist anzunehmen, daß beim ersten die Meinungen über den Beginn der Feindseligkeiten geteilt waren.

Welche Beweggründe hielten nun die Londoner Regierung bei ihren Verbündeten nicht nur nicht wirksam für die Lokalisierung des österreichisch-erblichen Streitens einzutreten, sondern sie durch Unterstützung von Unterfütterung zum Kriege zu treiben und schließlich selbst am Kampf teilzunehmen?

Freilich eine ausschlaggebende Bedeutung kam diesen Erwägungen nicht zu; der Hauptgrund der britischen Kriegstreiber war und ist in den schärfsten Gegensatz aller Art zu Deutschland zu suchen.

Der wirtschaftliche Gegensatz.

Die britische Feindschaft haben in der Regel die Staaten zu fühlen bekommen, die die stärkste Kriegsflotte besaßen. Die Feindschaft wider seinen gegenwärtigen ersten Nebenbuhler zur See, gegen Deutschland, mußte noch besondere Schärfe annehmen, weil er neben der steigenden Flottenmacht eine zunehmende Ueberlegenheit in Industrie, Handel und Wissenschaft sehen ließ.

Wo immer der kapitalistische John Bull Anlaß Gelegenheit für sein Kapital, Absatz für seine Industrierzeugnisse, Labung für seine Schiffe suchte, sieht er sich dem Deutschen gegenüber, der auch Geschäfte machen will. Und was das schlimmste ist: der für hartnäckig gehaltene John Bull macht auch wirklich Geschäfte, recht vorteilhafte obenrein.

Aber auch die britischen Industriekapitalisten glauben Grund zu ranciger Stimmung gegen Deutschland in hohem Grade zu haben: In der chemischen Industrie steht Deutschland unerreicht, einfach unübertrefflich auf dem Weltmarkt; seine Fabriken verjagen die Erde fast allein mit seinen Maschinen und optischen Werkzeugen; für die Güte der Erzeugnisse seiner elektrischen und Maschinenindustrie zeugen Berichte und freigelegte Abzüge; an Kohlen erzeugt es jetzt alljährlich doppelt soviel als England; von dem steigenden Bedarf der Welt an Stahl kommt Deutschland (und Amerika) fast alles, dem Rußland der Industrie so ziemlich nichts mehr zu.

Durch die Umwälzung Chinas hat sich neuerdings ein Absatz- und Anlaßgebiet von beispielloscher Ausdehnung und steigender Ergiebigkeit eröffnet. Eine damit günstige Verhältnisselegende wird es ein zweites Mal jähwärtlich wieder geben. Dort wie anderswo auch wird auf die Dauer der besten Geschäfte werden, der die Leistungsfähigkeit der Industrie hinter sich hat und für den die Güte sowie verhältnismäßige Billigkeit seiner Waren sprechen.

John Bull ist seit langem gewohnt, auf dem Weltmarkt wie auf dem Meere die Oberhand zu haben; niemand machte je ihm weichen; er geht vor und hat die Welt für den geborenen Weltbeherrscher. Alle Völker bewunderten seine Eigenliebe wie seinen Wohlstand; seine Vornehmheit wie seinen Reichtum; seine Unerschrockenheit wie seinen Mut; seine Unerschütterlichkeit wie seinen Willen; seine Unerschütterlichkeit wie seinen Willen; seine Unerschütterlichkeit wie seinen Willen.

Bestrebungen der beiden großen Nachbarn Deutschlands in der Richtung des britischen Strebens. Frankreich erhofft mit steigender Sehnsucht die Wiedererlangung Elsass-Lothringens, Rußland hat nach der Niederlage in der Manchchurei seine Politik wiederum auf die Wiedererlangung bei Konstantinopel gerichtet, ein Ziel, das, wie alle Welt weiß, nur über Berlin und Wien zu erreichen ist.

Die Pläne beider Staaten wie die Großbritanniens sind aber nur durch Niederwerfung Deutschlands (und Österreichs) zu verwirklichen. Dieser geht die eifrig und nicht ungeschickt betriebene Einheitspolitik, die nun mit den Waffen fortgeführt und vollendet werden soll.

Zwei Rechnungsfehler.

Der seine Plan löst nun allerdings heute schon zwei schwache Punkte erkennen. Der eine, dessen ganze Bedeutung erst am Ende des Krieges zu bewerten sein wird, besteht in der ungenügenden Würdigung der Tatsache, daß die Riesenmachtmacht der Neuzeit in sehr hohem Maße ein Kampf der Technik ist; daß, wie auf dem Weltmarkt, so auch auf dem Schlachtfeld, der die besten Erfolgsaussichten hat, der über die leistungsfähigste Technik und höchste Organisationsgabe verfügt.

Den andern schwachen Punkt stellt die Verbindung mit Rußland dar. Er wurde schon am Tage der Kriegserklärung offenkundig. Die Hoffnung auf die Uneinigkeit der Stämme und Klassen der Gegner stellte in der Kriegserklärung des Dreiverbandes einen wichtigen Posten dar. Allein es kam anders. Die Bedrohung durch das Moskowertum ließ den Streit der Stämme und Klassen in Deutschland wie in Österreich verstummen, hieß selbst die friedliebende sozialistische Arbeitererschaft Wünsche und Kämpfe einseitig zurückstellen und sich gegen die schreckliche Gefahr erheben.

Die Völker und Klassen der vom Jarrismus und seinen Verbündeten besetzten Länder waren sich bewußt, daß sie jetzt über ihre Theorien und Kämpfe hinweg zur abweichenden Tat schreiten mußten, wollten sie nicht allesamt am „russischen Wejen genesen“. Wer sich mit dem Jarrismus verbündet, muß die friedliebende und denkende Menschheit gegen sich haben. Und wird von der Geschichte gerichtet werden. Fritz Kummer.

Ein verunglückter Appell.

Der M.-Glabbacher Deutsche Arbeiter-Zeitung ist eine Laus über die Leber gelaufen, das Drum und Dran bei der Festlegung von Höchstpreisen für Getreide paßt ihr nicht. Die Art aber, in der das Blatt seinem Groll Ausdruck gibt, fordert zu einigen Bemerkungen heraus. Die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung schreibt in einem Artikel Ein Appell in Nr. 44 vom 28. November 1914, der Haltung der Arbeiterwelt in den Zeiten des Krieges werde von allen Seiten Anerkennung gezollt. Aber man wolle nicht verkennen, daß in der Art, wie diese Anerkennung sich oft äußere, etwas liege, was als weniger schmeichlerhaft empfunden werden müsse.

Wenn wir heute darauf hinweisen, so geschieht es, weil darin eine Entwertung zu Tage tritt, die für die Behandlung großer Teile unserer Volkswirtschaften von einschneidender Bedeutung geworden ist bis heute, noch bis in die Maßnahmen der Kriegsvorsorge hinein: das wirtschaftliche Leben und Denken der nächstbesten Schicht der Bevölkerung ist für die meisten Kreise der übrigen Volksteile ein völlig unbekanntes Gebiet. Das gilt nicht nur für Leute von Bildung und Verstand, es gilt ebenso für Bürger und Bauern und für die gesamte staatliche Beamtenhierarchie. Wir wissen nicht, ob es jemals einen Landrat oder Regierungspräsidenten gab, der sich für die sozialen Fragen, die in den Arbeitsverhältnissen ihres Amtsbezirks verhandelt werden, interessierte. Daß einer von ihnen gar einmal bei solchen Fragen, sei es zum Beispiel der christlichen Gewerkschaften oder der katholischen Arbeitervereine seines Bezirkes, regelmäßig vertreten gewesen, ist wohl auch nie vorgekommen.

Das ist ja immerhin ganz richtig, doch ist mehr als ein Ader dabel. Daß es so ist, wie das M.-Glabbacher Blatt schildert, ist zu einem guten Teil gerade die Schuld der Gruppe, die die Westdeutsche vertritt. Wer hat denn mit besonders kraftvoller oder höchmütiger Regierbarkeit immer wieder das Geschick verbreitet, daß die größten Arbeiterorganisationen eine Gefahr für den Staat seien, daß ihre Anhänger das Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stich lassen würden und daß darum die Staatsgewalt diese Organisationen unter keinen Umständen anerkennen, viel weniger fördern dürfe? Es waren die sogenannten christlichen Gewerkschaften, die so handelten, die ihre ganze Agitation großenteils auf diese Feier eingestellt hatten. Ja, sogar gegen Organisationen wurde ähnlich verfahren, die sich nicht zu den freien Gewerkschaften rechnen und auch nicht zu ihnen gehörten, wenn die „Christen“ diese Verbände als Westdeutsche fürchteten. Wir erinnern nur an den früheren Volzigen Eisenbahnarbeiterverband.

Dann aber auch jetzt, daß, was die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung neuerdings vorbringt, auch noch in anderer Hinsicht im Widerspruch zu früheren Standesungen. Ganz hieß es doch immer, daß sich die Arbeiter deshalb selbst organisieren, wenn sie den freien Gewerkschaften beizutreten, weil diese Organisationen von einer hohen Obrigkeit nicht anerkannt würden, daß sich dies aber augenblicklich ändere, wenn sie sich den christlichen Gewerkschaften anschließen. Hier, so sagte man, können wir lassen, blasse die Kunst der beherrschenden Stunde in hohem Maße, und überredet sei der Segen, der aus solcher Stunde auf die christlichen Arbeiter herabfließt. Nun stellt das M.-Glabbacher Blatt selbst mit demselben Worten im Unmut die Behauptung der christlichen Organisationen auf.

Wir meinen auch, daß die Westdeutsche, wenn sie Beispiele anführen möchte, christliche Organisationen hätte anführen können als gerade die christlichen Gewerkschaften und die katholischen Arbeitervereine. Oder soll man da herauslesen, daß diese Auffassung geschah, weil das M.-Glabbacher Blatt der Ansicht sei, diese beiden Gruppen wären besonders ungeschickt worden? Was ist über den der Behörden in der behandelten Richtung berichtet worden ist, ist es ja nun, wenn man den Dingen Deftand parat hat, für die Kenntnis erstenscheinende besser werden zu lassen. Warum der Regierung und weiter hervorragende tüchtige Personen haben Einrichtungen der freien Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften herabsetzender Haltung entgegen zu sein, was ja sehr leicht über das Gehörte auszusprechen. Sprechend können wir annehmen, daß dies auch die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung und die ihr nachstehenden Kreise erstrebt haben, wenn diese Leute auch ihre nichtigen Agitationsworte abgeben werden zu überlegen geben können.

Ueber die Festsetzung der Höchstpreise für Getreide heißt es in

dem M.-Glabbacher Blatt, eine sachliche Fragestellung habe sich nicht durchsetzen können, weil Feuerung und Lebensnotlebensforschung nicht als landwirtschaftliche Interessenfragen behandelt worden seien, nicht als Fragen der Volksernährung, wobei doch der Landwirtschafter volle Berechtigtheit habe werden können. Infolgedessen sei man aus dem üblichen Gezeck nicht herausgelommen, ja schon die rein sachliche Fragestellung sei als einzelner Konsumantenstandpunkt und selbst als Landwirtschafteigenschaft verschrien worden.

Auch da mag sich die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung an die Brust schlagen, wenn sie jetzt die Entwertung der Dinge beklagt. Hat nicht das M.-Glabbacher Blatt den Arbeitern immer schmachhaft zu machen versucht, daß sie bei jeder Follerhöhung sich selbst einen Gewinn zugeeignet hätten? Wurde nicht die Frage der Feuerung oft genug mit dem platten Einwand abgetan, daß die Preise „oben über alle gestiegen“ seien, ohne die Frage zu prüfen, ob es da angebracht sei, den deutschen Arbeitern auch noch den Unterschied zwischen Weltmarktpreis und Zoll aufzuhalsen?

Die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung erklärt weiter, unverständlich sei der Grundsatz, daß die Preise möglichst hoch gehalten werden müßten, um auf diese Weise die Verbraucher zur Sparsamkeit zu zwingen und so auf ein längeres Ausreichen der Vorräte hinzuwirken. Dieser Grundsatz zeigt, daß der in den Feuerungsdebatten wiederholt aufgetauchte Gedanke sich da durchgesetzt hat, daß das Volk zu viel verzehre und eine mehr oder minder starke Einschränkung des Konsums gar nicht schaden könne. Vielleicht wäre es sogar der Gesundheit recht nützlich. Ja, wenn sich die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung recht erinnert, wird sie auf Ausführungen dieses Blattes selbst stoßen, die, wenn auch nicht so offen, sondern mit ein wenig anderen Worten, auf das gleiche Ziel losfeuerten. Und wer hat denn bei der Besprechung der Zündholzpfeiler darauf verwiesen, daß eine hohe Steuer weniger — Feuersbrünste im Gefolge hätte und daß dies doch nur zu wünschen sei!

Wie man den „Appell“ der M.-Glabbacherin auch nur ansehen mag, er ist nach jeder Richtung hin verunglückt.

Unser Verband in der neunzehnten Kriegswoche.

Für die Woche vom 6. bis zum 12. Dezember haben 428 Verwaltungen über ihre Mitgliederbewegung und ihre Unterstützungen an Arbeitslose Berichte erstattet. Zu Beginn der Woche waren in diesen 428 Verwaltungen 37 062 Mitglieder. Zum Laufe der Woche meldeten sich 4484 ab. Davon kamen 2197 zum Militär. Am Schlusse der Woche wurden 332 578 Mitglieder gezählt.

Nicht berichtet haben folgende Verwaltungen: Posenau, Frankfurt a. O., Senftenberg, Neustadt i. S., Wfald, Manenburg, A. S., Langermünde, Selbe, Sulingen, Düren, Minden, Rehlem, Koblenz, Meß, Zweibrücken, Goldmühl, Gungenhausen und Lindau.

Von den 332 578 Mitgliedern in den 428 Verwaltungen waren 13 886 arbeitslos. Das sind 4,2 Prozent. In der Vorwoche betrug diese Verhältniszahl 4,5. Die zur Auszahlung gekommene Arbeitslosenunterstützung betrug 67 807 M. (Vorwoche 67 505 M.). Das Mehr ergibt sich aus der Unterstützungsstamme in Pforzheim. Dieser Ort hat, wie schon erwähnt wurde, 14tägige Auszahlung und daher in der Vorwoche nur einen geringen Beitrag verrechnet. Die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit in den Bezirken gestaltete sich in der Berichtwoche wie folgt:

Übersicht über die Zeit vom 6. bis 12. Dezember 1914.

Table with 7 columns: Bezirke, Normalmitglieder, Mitglieder zum Anfang der Woche, Mitglieder zum Ende der Woche, Davon zum Militär, Davon arbeitslos, In Prozent, Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Rows 1-10.

Zusammen 428 37062 4484 2197 332578 13886 4,2 67807

Ein Vergleich der Verhältniszahlen in den Bezirken zeigt, daß die Arbeitslosigkeit wieder in allen Bezirken abgenommen hat mit Ausnahme des ersten Bezirkes, der eine kleine Zunahme der Arbeitslosen aufweist.

Die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit des Verbandes seit Kriegsbeginn ist folgender Tabelle zu entnehmen:

Table with 7 columns: Berichtswoche, Berichtet nicht, Davon zum Militär, Davon arbeitslos, In Prozent, Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Rows 1. u. 2. bis 19.

Zusammen 186691 4650324

Es sind (bis 12. Dezember) 186 691 Mitglieder zum Militär abgegangen. Die Arbeitslosenunterstützung vom 1. August bis zum 12. Dezember belief sich auf 4 650 324 M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Zum Hilfsfonds des Verbandes.

Wiederholt wurde in diesem Blatte dargelegt, daß die Leistungen von Unterstützungen an die Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen und damit aus dem Verband ausgeschiedenen Mitglieder keine gewerkschaftliche Aufgabe sei und daher Verbandsmittel für diesen Zweck nicht verwendet werden können. Dessenungeachtet mußte aber auch von uns anerkannt werden, daß ein Teil der Gemeinden der ihnen obliegenden Pflicht der Gewährung von Zuschüssen zur Weihnachtsunterstützung nicht nachkam und hier ein Eingreifen des Ver-

hauendes aus Mitteln freiwilliger Beiträge notwendig war. Demgemäß wurden in Nr. 34/1914 der Metallarbeiter-Zeitung die Verbandsmitglieder zu einer ihrem Lohnnettolohn entsprechenden freiwilligen Steuer aufgefodert. Zur Leistung freiwilliger Beiträge muß aber allen Mitgliedern ohne Rücksicht auf ihre Stellung im Verband Gelegenheit gegeben sein, besonders müssen alle, die es können, von dieser Gelegenheit gleichmäßigen Gebrauch machen. Den Angeestellten des Verbandes dauern eine höhere Leistung zugunsten, ist ungerechtfertigt, weil diese Zumutung sich darauf stützt, daß die Angeestellten des Verbandes der Kontrolle der Verbandsmitglieder hinsichtlich ihrer freiwilligen Beitragsleistung an den Hilfsfonds unterliegen, während dies bei den Mitgliedern in Privatstellung, ganz gleichgültig, ob sie sich in Beamten- oder Arbeiterstellungen befinden, nicht der Fall ist und sein kann. Es entspricht daher der von den in Arbeit stehenden vollbeschäftigten Mitgliedern geleistete freiwillige Beitrag an den Hilfsfonds nicht im entferntesten den Leistungen, die die Angeestellten des Verbandes bisher übernommen haben. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß sich die Arbeiter in verschiedenen Betrieben ohne unser Wissen und ohne unsere Zustimmung der Abführung eines prozentual bestimmten Teiles ihres Lohnes an das Rote Kreuz unterworfen haben, so ändert auch das nichts an der Tatsache, daß der Hilfsfonds des Verbandes prozentual weitaus am stärksten durch die Gehaltsbeiträge der Angeestellten gespeist worden ist.

Da unter solchen Umständen eine gerechte Belastung aller Mitglieder nach einheitlichen Grundsätzen und durchführbar ist und außerdem auch zahlreiche Zuschriften der örtlichen Verwaltungen herbeigekommen, daß sich auch die vom Vorstand herausgegebenen Kriegsbeitragsmarken keiner besonderen Beschränkung erfreuen, so besteht der Vorstand nicht mehr auf der strikten Durchführung der in Nr. 34/1914 des Verbandsorgans gemachten Vorschläge, soweit sie die Höhe der Abgabe betreffen, sondern stellt ihre Festsetzung in das Ermessen jedes einzelnen Mitgliedes ohne Rücksicht auf seine Stellung im Verband und seine Verdiensthöhe. Der geschaffene Hilfsfonds selbst wird auch weiterhin aufrechterhalten und es werden die Mitglieder dringende gebeten, diesem Hilfsfonds nach Lage ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit entsprechende freiwillige Zusendungen zukommen zu lassen.

Der Vorstand glaubt die vorgenommene Änderung um so eher durchführen zu können, als verschiedene Verwaltungen die Ausgabe von Sammelstiften an Stelle der Kriegsbeitragsmarken wünschen und sowohl dadurch als auch in Verbindung mit einer etwas größeren Selbstständigkeit der Verwaltungen ein besseres finanzielles Ergebnis erhoffen. Schließlich bietet auch die bisherige Beteiligung der Angeestellten an der freiwilligen Geldsammlung die Gewähr, daß sie nicht hinter den übrigen Verbandsmitgliedern zurückbleiben, sondern ihnen mit gutem Beispiel vorangehen werden.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 3. Januar der 2. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. Januar 1915 fällig ist.

Die Verwaltungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß zu den regelmäßigen Versammlungsanzeigen im Verbandsorgan immer nur die vom Vorstand gelieferten Formulare zu benutzen sind. Die Formulare sind nach den aufgedruckten Anweisungen auszufüllen. (Gehört dies nicht, so kann die Redaktion nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn die Anzeigen nicht nach den Wünschen der Verfasser ausfallen.)

Bestellungen auf das Inhaltsverzeichnis der Metallarbeiter-Zeitung 1914 sind bis längstens 23. Januar 1915 an die Verbandsstelle der Metallarbeiter-Zeitung in Stuttgart zu richten. Später eingehende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Andgeschloffen wird nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Bezirksleitung im 3. Bezirk:
Der Former Richard Marx, geb. am 28. Dezember 1878 zu Frankfurt a. O., Buch Nr. 918818, wegen Betrug und Unterschlagung.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dörfau:
Der Mechaniker Friedrich Schrotz, geb. am 22. Februar 1893 zu Erfurt, Buch Nr. 2008088, wegen uncollegialem Verhalten.
Auf Beschluß des Vorstandes:
Der Former Albert Schellhase, geb. am 30. November 1872 zu Potsdam, Buch Nr. 655390, wegen unehrliehen Manipulationen beim Messelgebläue.

Einzuziehen und an den Vorstand einzusenden sind:
Buch Nr. 1.797 888, lautend auf den Schlosser Friedrich Rollneck, geb. am 24. Februar 1887 zu Steyr, übergetreten 13. Juli 1913 in Augsburg (R.).
Buch Nr. 1.631 598, lautend auf den Former Johann Wechtel, geb. am 20. Oktober 1886 zu München-Gladbach, eingetreteten 14. August 1910 in München-Gladbach (R.).
Buch Nr. 490826, lautend auf den Klempner August Albrecht, geb. am 4. Februar 1874 zu Erfurt, eingetreteten 18. Juli 1903 in Erfurt (R.).
Buch Nr. 1.817 224, lautend auf den Klempner Robert Becker, geb. 31. März 1894 zu Wülfenstadt, eingetreteten 28. Juli 1911 in Sameln (R.).
Buch Nr. 1.674 707, lautend auf den ? August Schmwel, geb. 10. August 1855 zu Weiße, eingetreteten 18. Dezember 1910 in Sant (R.).

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Nötelstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Nötelstraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.
Mit collegialem Gruß
Der Vorstand.

Rundschau.

Zum Andenken an Karl Maschaf.

Weitere Beileidskundgebungen sind eingegangen vom Verband der Kupferindustrie Deutschlands, vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsangehörigen Deutschlands und vom Zentralverband der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns.
Bei der Beerdigung wurden an der Bahre Kränze niedergelegt von den Verwaltungen des Verbandes (der * Bestand, daß die Verwaltungsstelle eigene Vertretung gesandt hatte): Aachen, Augsburg, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Brandenburg, Bremen, Bremerhaven, Chemnitz, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Eplingen, Hensburg, Frankfurt a. M., Frankfurt a. N., Gwelsberg, Gmünd, Gppingen, Gagen, Hamburg, Hantau, Hannover, Harburg,

Hellbronn*, Karlsruhe*, Kiel, Köln*, Kassel, Magdeburg*, Mainz, Mannheim*, München*, Nürnberg*, Osternberg-Gürtel*, Osnabrück, Pforzheim*, Solingen*, Stettin, Stuttgart*, Torgelow, Ulm*, Weibert, Wegeack.

Grundsätze für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen.

Das Reichsamt des Innern und das Preussische Kriegsmittelsterium haben Anfang Dezember d. J. über die Beschäftigung von Kriegsgefangenen Grundsätze aufgestellt. Für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen als ungelernzte Arbeiter wird danach nicht ein einheitlicher Satz berechnet werden, wie dies zur Vereinfachung der Arbeit für die Seeresverwaltung früher beabsichtigt war, sondern es wird der volle ortsübliche Tagelohn berechnet werden, wie er für den betreffenden Beschäftigungsort festgelegt ist. Die Reichszentrale der Arbeitsnachweise, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 74, ist angewiesen, daß sie in jedem einzelnen Falle, wo sie die erforderliche Beschäftigung ausstellt, daß gegen die Abgabe von Kriegsgefangenen nach der ihr bekannten Lage des Arbeitsmarktes keine Bedenken vorliegen, gleichgültig den in Frage kommenden ortsüblichen Tagelohnsatz für die ungelernzten Arbeiter anzusetzt, wie er in der Beilage zu Nr. 5 des Zentralblattes für das Deutsche Reich vom 16. Januar 1914 veröffentlicht ist. Dieser Tagelohnsatz trifft nur für ungelernzte Arbeiter zu, die Löhne für gelernzte Arbeiter sind erheblich höher. Die Fortifikationen zahlen zum Beispiel für gelernzte Arbeiter 6 bis 8 M. und für ungelernzte Arbeiter 4 M. Tagelohn je nach dem Berufe. Entsprechend der Festsetzung, die für die Beschäftigung der im Inland festgehaltenen russischen Saisonarbeiter in Braunkohlenbergwerken getroffen ist, ist bestimmt worden, daß für gelernzte Arbeiter der Lohn gezahlt wird, den ein entsprechender deutscher Arbeiter in diesem Berufe und an diesem Orte im Tage- oder Stücklohn verdient. Die Kontrolle hierüber fällt bei Bergwerksbetrieben den Feberbeamten, bei gewerblichen Betrieben den Gewerbeaufsichtsberechtigten zu. In Zweifelsfällen wird es für angezeigt gehalten, daß der Lohn für Kriegsgefangene, die als gelernzte Arbeiter beschäftigt werden, sich um 50 Prozent über den Lohnsatz stellt, der als ortsüblicher Tagelohn für ungelernzte Arbeiter des betreffenden Platzes festgestellt ist.
Die Verrechnung der von den Unternehmern gezahlten Lohnbeiträge ist lediglich Sache der Seeresverwaltung. Die Grundsätze verfolgen den Zweck, daß einzelne Unternehmer aus der Beschäftigung von Kriegsgefangenen keinen ungerechtfertigten Gewinn haben und darin keinen finanziellen Anreiz finden, Kriegsgefangene deutschen Arbeitern vorzuziehen und so die Arbeitslosigkeit zu vermehren. (Mitgeteilt vom Zentralauschuß der Kriegsarbeiters-Gemeinschaft für das Baugewerbe.)

„Gelddat eines Verbandsangestellten.“

Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß ein Angestellter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in München, namens Vogel, im Kriege das eiserne Kreuz erhalten habe, weil es ihm gelungen sei, seine Kameraden vom Ertrinken zu retten, indem er ein Schlenkeritor schloß. Bei dieser Gelegenheit sei er auch verwundet worden. Die Tat wurde hochgepriesen und Bilderblätter brachten das Bild dieses tapferen Verbandskollegen. Infolge dieser sehr bestimmt ausfallenden Nachricht hatten wir keine Veranlassung, an ihrer Wahrheit zu zweifeln; gebracht haben wir sie aber nicht. Als jedoch in Nr. 292 der Chemnitzer Volksstimme die Bemerkung auftauchte, daß die Sache auf Schwindel beruhe, daß Vogel in seinem ersten Gesicht verwundet worden sei und die Geschichte im Bagarett ausgedacht habe, erkundigten wir uns bei der Münchener Ortsverwaltung nach dem wahren Sachverhalt. Von dieser erhielten wir die Mitteilung, daß Vogel nicht Angestellter unseres Verbandes war. Er sei auch nicht einmal in einem Gesicht gewesen, sondern überfahren worden und seine liebste Ausbildungstrait habe ihm die ganze Geldentat vorgegaukelt. Das Münchener Generalkommando hat der Presse den Sachverhalt mitteilen lassen, aber gebeten, daß wegen des üblen Einbruchs nichts weiter darüber mitgeteilt werde. Am sonderbarsten ist die Sache für die italienischen Blätter, die Bilder eines „Augenzeugen“ von der „Gelddat“ brachten.

Der Aufstieg der Volksfürsorge

hat, wie die Volksfürsorge mittelst, seit Ausbruch des Krieges, wie alle wirtschaftlichen Unternehmungen, die nicht für den Krieg arbeiten, eine empfindliche Stagnation erfahren. Durch die noch immer andauernde Einberufung weiterer Jahrgänge neuer Truppen sind bis jetzt ungefähr 300 Rechnungsführer ihrer Arbeit entzogen worden. In mancher Rechnungstelle sind schon die Ersatzleute wieder abberufen worden und mußten durch neue ersetzt werden. Das stört natürlich den Betrieb sehr. Noch zahlreicher sind die Störungen bei den Vertrauensleuten. Wenn es trotzdem gelungen ist, den Eingang der Prämien in überschaubarer Weise weiterzuführen und dadurch die Versicherungen, selbst die der Familien von Kriegsteilnehmern, aufrechtzuerhalten, so zeigt das das starke Vertrauen, das sich die Volksfürsorge erworben hat.

Wollte ich nun jedoch die Organisation in den Grenzorten, die durch den Krieg besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden, zum Beispiel Reimar, Mißhausen, Gebweiler im Eläß und Löst, Gumbinnen, Insterburg und Rastenburg in Ostpreußen. Da müssen erst wieder geordnete politische und wirtschaftliche Zustände eintreten, ehe unsere Rechnungstellen wieder regelrecht in Betrieb gesetzt werden können.

Im übrigen Reich zeigt sich im Hinblick auf neuer Verschönerungen wieder eine Besserung in allen Rechnungsstellen, in denen die Vertrauensmänner die Arbeit für die Volksfürsorge wieder aufgenommen haben. Der Krieg hat in vielen Kreisen die Teilnahme an dem Abschluß von Lebensversicherungen nicht geschwächt, sondern gestärkt, und wir können unseren Vertrauensleuten nur dringende empfehlen, neben dem Anlaß nicht die Werbearbeit für neue Versicherungen zu unterlassen.

Die Gewerkschaften und Genossenschaften werden zum besten ihrer Mitglieder diese Werbearbeit unterstützen und können das am wirksamsten tun, wenn sie in ihren Versammlungen die Einrichtungen der Volksfürsorge besprechen und deren Nutzen hervorheben.

Unsere Kriegsversicherungskasse.

Die „Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse“ wird sich nach Beendigung des furchterlichsten männerwerbenden Krieges, bei dem Deutschland schon gegen Ende Oktober weit über hundert tausend Tote zu beklagen hatte, für viele Familien als eine sehr segensreiche und ihre wirtschaftliche Not lindende Einrichtung bewähren. Sie wird in bezug auf die Zahl der bei ihr gelösten Anteilsgeldne und der bei ihr für die einzelne Familie zur Auszahlung kommenden Summe sich gewiß neben allen anderen Gesellschaften sehen lassen dürfen, waren doch bis 15. Dezember 1914 für 14964 zu versichernde Kriegsgefangene 21 658 Anteilsgeldne gelöst worden, so daß jetzt schon 108 290 M. zur Verteilung an die Hinterbliebenen der im Kriege fallenden Deutschen zur Verfügung stehen.

Im Hinblick auf die große Zahl im Felde kämpfender Arbeiter ist diese Zahl allerdings gering, und man wird später in vielen Familien, wahrscheinlich aber auch in manchen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen, in vielen Verwandten- und Kollegenkreisen sehr bewundern, daß man diesen etwas einfachen, wie nächstgenannten Einrichtungen keine Aufmerksamkeit geschenkt und sich deren Vorteile nicht gesichert hat.
Wenn man weiß, daß allein vom Deutschen Metallarbeiter-Verband in der 16. Kriegswoche schon 178 992 Mitglieder unter den Waffen standen und daß von den deutschen Gewerkschaften im ganzen bis zum 31. Oktober 661 995 Mitglieder eingezogen waren, ist das doch schon 700 000 gewerkschaftlich organisierter Arbeiter im Felde stehen, dann sieht man, daß noch viel getan werden muß, um die vielen Tausende von Familien der im Felde Stehenden, für die noch nicht genug ist, auf die Kriegsversicherungskasse hinzuwirken zu lassen.
Der Krieg wird noch lange dauern. Noch sind die Einschickungs- schiffen nicht geschlagen. Tausende und Abertausende unserer Brüder und Kameraden werden dem Vaterland ihr Leben noch opfern und ihre Frauen und Kinder unversorgt zurücklassen müssen. Diesen bei-

stehen ist Staats- und Menschenpflicht. Ueber diese Hilfe hinaus zu erwarten aber die draußen kämpfenden Kollegen und Genossen, daß die Gewerkschaften und Genossenschaften, denen sie im Frieden ihre Arbeit anheimelten, ihren Familien ratend und helfend zur Seite stehen. Es ist klar, daß die Ausdauer und der Kampfesmut berechtigter Kriegsgefangener gehoben wird, wenn ihnen die quälende Sorge um ihre Lieben zu Hause erleichtert wird durch das Bewußtsein, daß für diese gesorgt ist, auch wenn sie im ehrenvollen Kampf erliegen sollten.

Wie die Kollegen im Felde denken, hat jetzt der Brief eines organisierten Arbeiters, der nach einem Berichte der Norddeutschen Volksstimme in Bremen hat in bezug auf die Kriegsversicherung der Volksfürsorge schrieb:

„... Seit einiger Zeit bekomme ich jetzt auch die Volksstimme, woraus wir erfahren haben, daß die Volksfürsorge jetzt auch Kriegsanteilstheine ausgibt. Ich soll jetzt Auskunft geben, wie diese Sache funktioniert, bin aber leider dazu nicht in der Lage; vielleicht gibt Du mir nähere Aufklärung. Ich kann Dir nämlich jetzt schon versichern, daß das Interesse von denjenigen, die hier tagtäglich in diesem unheimlichen Feuer liegen und ihre Familien zu Hause haben, an dieser Versicherung recht groß ist. Ich war bis jetzt in Russland, kam am 9. 11. nach Ge... und heute werden wir noch verladen. Wohin es geht, ist noch unbekannt. Es sind schon recht viele meiner Kameraden gefallen, ich bin bis jetzt noch heil.“

Aus dem Briefe geht klar hervor, wie sehr auch die im Felde Stehenden im Interesse ihrer Familien den Abschluß einer Kriegsversicherung wünschen.

Wenn der Krieg beendet ist, wird sich für die meisten Konsumveretne, aber auch für sonstige Unternehmungen das Bedürfnis zeigen, für die ihres Ernährers beraubten Familien der vor dem Kriege bei ihnen beschäftigten Gefallenen noch etwas zu tun, um ihnen über die drückendsten Sorgen der ersten Zeit hinwegzuweisen; daselbe Bedürfnis wird sich bei den Gewerkschaften zeigen, welche die Familien ihrer gefallenen Kollegen nicht im Stich lassen können. Diese Hilfestellungen würden in den meisten Fällen leicht werden durch den Anspruch auf die Auszahlung der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse. Dieser Anspruch wird gestützt durch die Erwerbung von Anteilsgeldne, die in der einfachsten Weise gegen Einzahlung von 5 M. beim Hauptbureau oder bei den einzelnen Rechnungsstellen der Volksfürsorge zu erhalten sind.

Die Verwaltungskommissionen, Rechnungsführer und Vertrauensmänner der Volksfürsorge haben die Aufgabe, die Familien, Unternehmungen, Gewerkschaften, Genossenschaften, politische und gewerbliche Vereine auf den Wert und den Nutzen der Kriegsversicherungskasse hinzuweisen und ihnen die Erwerbung von Anteilsgeldne zugunsten der Familien zu empfehlen. Sie müssen das tun im Interesse der Familien, sie können es aber auch tun, trotzdem dafür keine Vergütung geleistet wird, weil ihnen diese Verbindung ganz sicherlich die spätere Tätigkeit für die Volksfürsorge wesentlich erleichtern wird. (Volksfürsorge.)

Der Lichtbildervortrag als Lustbarkeit.

Die Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Katowitz hatte zum 2. Mai 1914 einen Lichtbildervortrag veranstaltet, der die „Deutsche Eisen- und Stahlindustrie, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter“ behandelte. Die Veranstaltung galt als öffentliche, weil jedermann, der ein Eintrittsgeld von 25 S. zahlte, Zutritt hatte. Die Behörde sah ihn aber nicht als Versammlung an, sondern als Lustbarkeit. So kam es zu einer Anklage gegen den Gewerkschaftsangehörigen Karger, als den Vertreter der Verwaltungsstelle, wegen Uebertretung der Oberpräsidentenverordnung vom 19. Mai 1891, betreffend die öffentlichen Lustbarkeiten. Nach der Verordnung des Oberpräsidenten ist die Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten, auch wenn der Betrieb nicht gewerbemäßig erfolgt, oder wenn ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, mindestens 24 Stunden vor ihrem Beginn der Ortspolizeibehörde anzugeben. Eine solche Anzeige war nicht erfolgt, weil der Veranstalter annahm, es handle sich um eine Versammlung, die, weil es unfruchtig keine politische war, nach dem Vereinsgesetz nicht hätte angezeigt zu werden brauchen.

Die Strafkammer in Benthien als Berufungsinstitut verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe, indem sie eine Uebertretung der zitierten Oberpräsidentenverordnung annahm. Unter anderem wurde ausgeführt: Der Angeklagte Karger habe selbst angegeben, daß die Lichtbilder hauptsächlich um deswillen vorgeführt worden seien, um die unterhaltungsbedürftigen, in der Metallindustrie tätigen Personen zu möglichst starkem Besuche anzuregen. Er sage dadurch also selbst, was auch ohne weiteres einleuchtend sei, daß die Lichtbildervorträge nicht nur belehrenden, sondern zugleich unterhaltenden Zwecken dienen sollten. Dazu seien sie auch geeignet gewesen. Also habe es sich um eine öffentliche Lustbarkeit gehandelt.

Angellagerter legte Revision ein. Sein Vertreter vor dem Kammergericht, Rechtsanwält Wiffgang Sene, führte zur Begründung des Revisionsmittels unter anderem aus: Wenn die Strafkammer aus dem sogenannten Jugendadvokaten Karger, durch die Vorführung von Lichtbildern hätten die unterhaltungsbedürftigen Metallarbeiter stärker herangezogen werden sollen, den Schluß ziele, es habe sich um eine Lustbarkeit gehandelt, so sei das falsch. Dieser Schluß könne daraus nicht gezogen werden. In allen Fällen, wo Lichtbilder mit Vorträgen verbunden seien, komme es darauf an, in welchem Verhältnis die Lichtbilder zum Vortrage ständen. Lichtbilder könnten sehr wohl zur hohen Erläuterung wissenschaftlicher und belehrender Vorträge dienen. Darum handle es sich hier offenbar, denn es sei ein 40 Seiten langer Vortrag, ein längerer Vortrag wissenschaftlicher Natur gewesen. Unter diesen Umständen könne von einer Lustbarkeit keine Rede sein. Hingegen komme folgendes: Ueberall, wo Versammlungen stattfänden, greife das Vereinsgesetz Maß. Hier seien die Begriffsmerkmale einer Versammlung gegeben. Denn die Teilnehmer seien zusammengekommen, um einen Vortrag anzuhören, der eine bestimmte, für sie wichtige Angelegenheit nach Weisen, Ursache und Grund erörterte. Durch die Vorführung von Lichtbildern verliere aber die Zusammenkunft nicht den Charakter einer Versammlung. Auch deshalb sei, da es sich um eine politische Versammlung handelte, keine Anzeige erforderlich gewesen. Unter Umständen könnten nun ja Lichtbildervorträge Lustbarkeiten sein. Das wäre doch aber nur dann der Fall, wenn die Lichtbilder die Hauptfache wären, so daß man sagen könnte, die Hauptfache beim ganzen Vortrag wäre die Belehrung der Schaulust. Das sei hier, wie eine Nachprüfung ergeben würde, keineswegs der Fall. Das Kammergericht verwarf aber die Revision mit folgender Begründung: Die Feinleistungen der Vorführung gingen dahin, daß die Lichtbilder hauptsächlich um deswillen vorgeführt seien, um die unterhaltungsbedürftigen Arbeiter der Metallindustrie zu möglichst starkem Besuch anzuregen. Der Angeklagte, der das zugegeben habe, sage damit selbst, daß die Lichtbildervorträge nicht nur belehrenden, sondern auch unterhaltenden Zwecken dienen sollten. Wenn das Kammergericht so festgestellt, daß es sich um eine Lustbarkeit handelte, dann sei das eine tatsächliche Feststellung, mit der man sich abfinden müsse. An ihr müsse die Revision scheitern.

BetriebsEinstellung infolge der Mobilmachung und Kohlenförderung.

Der Schlosser B. Kagle vor dem Amtsgericht in Brand Erbisdorf gegen die Firma B. in Langenau auf den Betrag von 90,48 M. wegen Kündigungsloser Entlassung. Der Klagelieg folgender Tatbestand zugrunde: Am 3. August hatte die Firma ihren Betrieb infolge der Mobilmachung bis auf weiteres eingestellt und durch Ausschlag einer Tafel wurde dies den Arbeitern bekannt gemacht. Am 24. August wurde der Betrieb wieder aufgenommen. Als der Klagelieg sich wieder zur Arbeit meldete, wurde er abgewiesen mit der Begründung, er sei entlassen. Kläger erbat Strafpruch und verlangte, daß die Firma ihm den entgangenen Arbeitsverdienst in der Zeit vom 3. bis zum 22. August erstatte. Die Firma lehnte dieses ab und verbot dem Schlosser B. auf den Klageweg. In den sechs Verhandlungen, die in dieser Sache stattfanden, begründete zunächst der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Dr. O. A. f. e. d. die Forderung.

